

SHORT NEWS

Steigende Kosten und Krebsbehandlung

Schnell drehen die Mühlen der Gesundheitskees (CNS) nicht wirklich. Immerhin brauchten die Zuständigen rund drei Wochen, um vier Fragen zur Krebsbehandlung anlässlich eines woxx-Artikels zum jährlich in Luxemburg stattfindenden Symposiums mit dem Titel „Optimiser les coûts liés aux soins de santé: utopie ou vraie opportunité pour les patients“ zu beantworten. (Siehe woxx 1168) Das „Centre de Recherche Public de la Santé“ hatte Mitte Juni internationale Experten geladen, um Empfehlungen für die Behandlung von Krebs, die Gesundheitsökonomie und die personalisierte Medizin zu erarbeiten. „Wenn das Luxemburger Gesundheitssystem dauerhaft funktionieren soll, dann müssen die vorhandenen Ressourcen optimal genutzt werden“, so die Überlegung der Organisatoren. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass die CNS so lange braucht, konkrete Angaben zu vermitteln. Die Zahlen der CNS zeigen denn auch, dass die Anzahl der Patienten und dementsprechend auch die Ausgaben zunehmen. Laut CNS haben 2010 698 Personen ein „certificat d'incapacité de travail“ aufgrund einer Krebserkrankung erhalten, 2011 waren es deren schon 783. Die Ausgaben alleine für die „médicaments anticancéreux utilisés en chimiothérapie“ haben sich über die Jahre mehr als verdoppelt: 2002 beliefen sich diese auf rund 7,5 Millionen Euro und 2011 auf 17,5 Millionen Euro. Die Kostenzunahme sei einerseits der Steigerung der von der CNS übernommenen Behandlungen und andererseits den Preiserhöhungen der Chemotherapien geschuldet. Im „secteur extrahospitalier“ sei die Zahl der günstigeren Generikas sehr gering. Angaben zu den Generikas im Krankenhausbereich seien nicht verfügbar, heißt es in der Stellungnahme der CNS weiter. In der Bestrahlung ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Die Kosten für die Radiotherapien des „Centre François Baclesse“ beliefen sich 2002 auf rund 3 Millionen Euro. Sie sind 2011 auf rund 5,5 Millionen Euro gestiegen. Zu hoffen bleibt, dass die Gesundheitskasse die teure Krebsbehandlung auch zukünftig übernehmen kann. „Die personalisierte Krebsmedizin ist kein Vorwand, die Finanzen im Gesundheitsbereich zu beschneiden“, betonte Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo noch im Juni. Sinnvoll wäre, wenn die Regierungen sich verabreden würden, gemeinsam der zum Teil perversen Preispolitik der Pharmafirmen entgegenzutreten, etwa indem Staaten sich finanziell am Forschungsprozess beteiligen und dann auch ein Mitspracherecht bei den Preisen hätten.

forum 320 - global in den Sommer

Die Sommerausgabe der Zeitschrift forum beschäftigt sich vor allem mit einer aus Anlass der „Rio+20“-Konferenz geführten Bilanz der Umweltbewegung. Das 50-Seitige Dossier dürfte tatsächlich genügend Stoff liefern, um den bislang versauten Sommer zu überbrücken. Wobei einem der Einstiegstext von Frank Uetkötter „Wiedersehen in Rio“ fast die Lust nimmt weiterzulesen, weil seine Bilanz des Rioprozesses wenig Hoffnung für die Zukunft lässt. „Global denken, lokal scheitern“, der Titel des forum-Dossiers spiegelt den Zwiespalt wider, den die Bestandsaufnahme der 18 AutorInnen und Interviewpartner dokumentieren: Der gesellschaftspolitische Stellenwert der Umweltdiskussion und der Entwicklungszusammenarbeit hat sich seit 1992 enorm entwickelt und in vielen Bereichen herrscht zumindest in der globalen Analyse vielfach Konsens. Doch vor Ort, also lokal, kracht es an allen Enden. Weshalb Uetkötter die wenig erfolgreiche globale Umweltdiplomatie durch ein „ökologisches Subsidiaritätsprinzip“ ergänzt sehen will, welches die Probleme von unten anpackt, statt auf globale Vorgaben zu hoffen. Die ungelöste Wachstumsfrage hat die Umwelt- und Gewerkschaftsszene auseinandergetrieben und forum mahnt als Schlussfolgerung einen Strategiewandel an: Nach der gelungenen Institutionalisierung wieder mehr zur Bewegung werden, sich stärker vernetzen und eine politische Vision entwickeln. Bestellung und Textproben unter www.forum.lu

AKTUELL

BADEGEWÄSSER

Weniger ist nicht mehr

Raymond Klein

Statt die Wasserverschmutzung zu bekämpfen, wird in Luxemburg einfach das Baden verboten. Auch beim Radtourismus liegt einiges im Argen.

Wetterbedingt ist zurzeit Duschen angesagt, doch wer in den kommenden Wochen in Luxemburg bleibt, freut sich natürlich schon aufs Baden. Vor allem im Ösling gibt es viele schöne Stellen, wo man in Seen und Flüssen schwimmen kann. Besser gesagt: könnte, nämlich wenn die Wasserqualität stimmen würde.

Auf diesen für den Tourismus problematischen Sachverhalt haben die Grünen am vergangenen Montag in Weilerbach mit einer Freiluft-Pressekonferenz aufmerksam gemacht. VertreterInnen der Bezirke Norden und Osten von „Déi Gréng“ kritisierten das an der Untersauer seit 1989 bestehende Badeverbot, das vor allem durch den Zufluss der Alzette in Erpeldingen verursacht sei. Denn dieser Fluss führe die Abwässer von 75 Prozent der Bevölkerung mit sich, sodass ein erheblicher Nachholbedarf bei den Kläranlagen bestehe.

Doch auch die Badeplätze an der Our und an der Obersauer seien in den vergangenen Jahren als nicht hinreichend sauber bewertet worden. Nun habe das Wasserwirtschaftsamt die Zahl der offiziellen Badeplätze drastisch reduziert: Übrig blieben nur noch zwölf Stellen an den Seen in Weiswampach und Remerschen sowie am Stausee. Das werde zur Folge haben, dass die anderen ab 2013 im EU-Gewässerbericht nicht mehr auftauchen, kritisieren die Grünen diesen „Griff in die Trickkiste“. Luxemburg hatte in den vergangenen Jahren bei dieser Bestandsaufnahme schlecht abgeschnitten. Doch die Deklassierung ist in den Augen der Kritiker keine Lösung: „Damit wäre zwar die trübe Badegewässer-Bilanz mit einem Streich geklärt, Our und Sauer blieben aber weiterhin verschmutzt.“ Die Vorgehensweise der Behörden hat sogar dazu geführt, dass das Abwassersyn-



FOTO: DÉI GRÉNG

dikat des Nordens Siden in Brüssel eine Klage eingereicht hat.

Déi Gréng schlagen vor, das Wasserwirtschaftsamt finanziell und personell so aufzustocken, dass man Mängel im Abwasserbereich erfassen und neue Kärnanlagen zügig bauen lassen könne. Damit die Luxemburger Fließgewässer den von der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie (WRR) ab 2015 vorgeschriebenen „guten Zustand“ erreichen, sei eine „Offensive für Gewässerschutz“ notwendig. Außerdem habe die nach vollen 19 Jahren erfolgte verspätete Umsetzung der Nitrat-Richtlinie zu stark erhöhten Nitratwerten geführt. Zu guter Letzt erneuerten die Grünen ihre Forderung nach „kostendeckenden und transparenten Abwasser- und Trinkwasserpreisen“ in allen Gemeinden - eine mittlerweile heftig umstrittene Vorgabe der neoliberal geprägten WRR (woxx 1170).

In Weilerbach ging es Déi Gréng aber nicht nur um Gewässerschutz und Badetourismus, sondern auch um den Radtourismus. Der Teil des Sauer-Radwegs, der Diekirch mit Echternach verbindet, sei seit Jahren durch Bauarbeiten unterbrochen. Dies zeigt in den Augen der Grünen, wie wenig die „enormen Potenziale, die im Fahrradtourismus schlummern“, in Luxemburg erkannt werden. Sie führen eine Studie zu den regionalwirtschaftlichen Effekten des deutschen Mosel-Radwegs an, die einen Umsatz von über 90 Millionen Euro im Jahr in der Tourismusbranche errechnet hat. Doch in Luxemburg weise das Radwegenetz Lücken auf, sein Unterhalt sei mangelhaft und eine umfassende Vermarktung des Fahrradtourismus werde nicht betrieben - zum großen Nachteil der kleinen und mittleren Tourismusbetriebe.